

Diese Zeitung erscheint täglich zweimal
Morgens 8, und Abends 6 Uhr.
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr.,
mit Botenlohn 1 Thlr. 17½ Sgr.
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 17½ Sgr.

Stettiner

No. 12. Abend.

Ernst Moritz Arndt
vor den Aissen zu Zweibrücken.

In der Provinz Pommern, welche stolz darauf ist, die Heimath des gefeierten Arndt zu sein, dürfen wir dem vielbesprochenen Vorgange in Zweibrücken wohl noch einige Worte widmen. Es geht uns darüber der Bericht eines sachkundigen Augenzeugen zu, dem wir das Nachstehende entnehmen:

"Meine Wanderungen und Wandlungen mit dem Reichsfreiherrn vom Stein" eine Schrift, wofür die gesammte Bevölkerung in den Gefühlen der Bewunderung und des Dankes dem altherwürdigen Vater Arndt mit frischen Ruhmesblättern die Schläfe schmückt, sind auf einmal bekanntlich in Bayern Auflösung einer gerichtlichen Verfolgung des Verfassers geworden und zwar wegen einiger aus mündlichen und schriftlichen Äußerungen Stein's herrschenden Bemerkungen über das bayerische Kriegsheer und namentlich dessen Oberfeldherrn in den Befreiungskriegen, den Fürsten Karl Philipp Wrede. Stein erzählt nämlich, die Baiern hätten sich in jenen Feldzügen durch Röheit, Diebstahl und Raublust ausgezeichnet; ihr Führer Wrede habe seinen Leuten das schlechteste Beispiel gegeben, indem er sich selbst an fremdem Eigentum vergrieffen, namentlich Silbergeräthe des Herzogs von Braunschweig im Schlosse Oels eingepackt und dem Schlosspoit darüber Empfangsberechtigung ausgestellt; deshalb habe er, Stein, einmal in Gesellschaft (bei dem Bankier Weckler) mit Wrede zusammengetroffen, diesem Vorhaltungen gemacht und laut erklärt, mit einem solchen Manne, einem Räuber, nicht in einem Zimmerbleiben zu können. In diesen Auseinandersetzungen hatte der Generalprokurator Ritter von Schmidt am bayerischen Appellations-Gerichtshofe zu Zweibrücken den Thatbestand eines Preß-Verbrechens entdeckt, weshalb er den Angeklagten Ernst Moritz Arndt, Schriftsteller *) zu Bonn, durch Vorladung in öffentlichen Blättern und Anschläge am Gerichtsgebäude zur Sitzung des Aissen-Gerichtes in Zweibrücken am 6. Dezember d. J. vorfordern ließ. Beim Aufrufe der Sache erschien Arndt natürlich nicht; dies hatte zunächst die Beseitigung der Geschworenen zur Folge, da in contumaciam der Gerichtshof ohne dieselben entscheidet. Hierauf hielt der Generalprokurator selbst eine glänzende Anklagerede, worin er, nach Verlesung der bezüglichen Stellen des genannten Buches, auseinandersetzte, daß jene Äußerungen, welche durch die fragliche Schrift auch in der Pfalz, dem Gerichtssprengel von Zweibrücken, verbreitet worden, eine Schmähung und Verläumdrung des bayerischen Kriegsheeres und seiner Führer, zumal des Feldmarschalls Wrede, enthalten, daß aber das Heer eine bleibende Körperschaft bilde, welche heute so gut bestiehe, wie zu Anfange des Jahrhunderts, von welcher Zeit in dem Buche die Rede sei; die von Arndt berichteten Thatsachen seien unwahr und seit dem ersten Erscheinen des Buches durch amtliche Erklasse von München aus widerlegt worden, wie denn namentlich Wrede damals (1806) gar nicht in Schlesien (wo König Jerome und Marschall Lefebvre den Krieg geführt), sondern durch Krankheit in München zurückgehalten gewesen sei; nichtsdestoweniger habe Arndt bisher keinen Schritt gethan, um einen Widerruf zu veröffentlichen, ja sogar, ohne irgend eine Aenderung, die zweite Ausgabe seines Buches erscheinen lassen; in allem Diesem sei ein hoher Grad von Bosheit, recht der Vorwürfe zu verunglimpfen, erkennbar, weshalb der Verfasser der Strafe nicht entgehen könne; da es indessen weniger auf lange Dauer der zu verhängenden Strafe, als auf Verurtheilung überhaupt ankomme, so werde nur eine entsprechende Gefangenstrafe gegen Arndt, sowie die Unterdrückung der inkriminierten Schrift in Antrag gebracht. Der Gerichtshof — in Baiern sitzt das gesamme Personal in gold- und silbergesichteten Uniformen zu Gericht — zog sich zur Beratung zurück und erschien nach 1½ Stunden wieder zur Bekündigung eines umständlich motivirten Urtheils, welches der vorstehende Rath Fitting, sammelte darin angezogenen Gesetzesstellen vorlas: Arndt wurde wie schon gemeldet, des Vergehens der Schmähung und Verläumdrung des bayerischen Kriegsheeres und seiner Offiziere, besonders seines Obergenerals Fürsten Wrede, für schuldig erklärt und in contumaciam zu zweimonatlicher Gefangenstrafe, zu 50 Gulden Geldbuße und zu den Kosten verurtheilt, zugleich die Unterdrückung der erwähnten Schrift (Berlin, Weidmann 1858), soweit sie nicht in Privatbesitz übergegangen, und die Bekanntmachung des Urtheils durch sämtliche Kreisamtsblätter des Königreiches verordnet. — Indem wir nun diese auffällige Thatsache, welche mit der allgemeinen Verehrung vor Arndt, seinem Ruhm als Geschichtsforscher und Schriftsteller, seinen hochgepriesenen Dichtergaden und zumal dem Werthe seiner jüngsten Schrift in schreibenden Widerspruch tritt, berichten, können wir in unbefangener Anschauung der



Privilegirte



Zeitung

Ausgabe.

1859.

Sonnabend, den 8. Januar

Verhältnisse uns weder mit dem Verfahren der Staatsanwaltschaft, noch mit dem darauf eingehenden Urtheile des Gerichtes einverstanden erklären. Zuvorher ist nicht abzusehen, warum gerade Zweibrücken (das in seiner Entlegenheit viel Ähnliches mit der Lage des Aissen-Gerichtes, auf einem merkwürdigen Hügelhofe, hat) erwählt werden mußte, über eine dem bayerischen Heere z. angeblich zugesetzte Beschimpfung abzuverkennen, da dies, wenn es geschah, fälschlich nur in München, dem Mittelpunkte des Reiches, wie des Heeres, statt finden konnte; dann will uns nicht einleuchten, eine solche Klage ohne Zutritt oder Anstoß von Seiten der Beteiligten, des Fürsten Wrede, jetzt seiner Kinder und Enkel (von denen keiner die Pfalz bewohnt), der damals im Heere Dienenden oder doch ihrer Nachkommen, von Amts wegen aufgenommen werden konnte; endlich ist nicht wohl zu begreifen, wie die vermeintlichen Unwahrheiten, welche das Buch enthalten soll, durch die Verurtheilung des (außer dem Bereich dieser Gerichtsbarkeit lebenden, unerreichten) Verfassers aus der Welt geschafft werden können. Oder ist Arndt ein Widerruf zuzumuthen? Was dann soll er widerrufen? Daß Stein ihm dergleichen Eröffnung gemacht habe? Daß der erwähnte Vorfall des Zusammentreffens mit Wrede eine Erbichtung sei? Daß jenes Mitnehmen von Silberzeug nicht gerade 1806, nicht eben im Schlosse Oels sich zugetragen habe? Hat denn, auf der andern Seite, der Fürst Wrede aus Anlaß seiner Begegnung mit Stein, irgend etwas gehabt, die erhobene schwere Anschuldigung von sich abzuwälzen? Ist sein Ruf dadurch allein makellos, daß sein Denkmal in der Ruhmeshalle zu München aufgestellt ist? — Die Verurtheilung hat natürlich so wenig zu bedeuten, als die Beschlagnahme der Zeitungen, worin sie in nicht gerade für Baiern oder das Gericht zu Zweibrücken ehrender Weise erwähnt wird; einem Ansänger auf der Schriftstellerbahn würde solche Verurtheilung erwünscht kommen; der wackere Vater Arndt, in seiner freundlichen Gemüthlichkeit, die ihm noch lange Jahre erhalten bleiben möge, wird voll Mitleid darüber lächeln und nach wie vor Deutschlands Hochachtung und Liebe genießen.

Deutschland.

Berlin, 8. Januar. Se. Rödigl. Hohheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergrädigst geruht: Den Ober-Tribunalrat Heinrich von der Theilnahme an den Geschäften des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte auf seinen Wunsch zu entbinden und den Ober-Tribunalrat Heinrich zum Mitglied des Staatsraths und zugleich des oben genannten Gerichtshofes zu ernennen.

Berlin, 7. Januar. Ueber die Stellung des Ministeriums zum bevorstehenden Landtag spricht sich heute die ministerielle "Preuß. Blg." folgendermaßen aus: Der baldig bevorstehende Zusammentritt der beiden Häuser des Landtags erfolgt unter günstigen und erfreulichen Auspicien. Die Lage des Vaterlandes, sowohl was die inneren Verhältnisse als die Stellung nach außen betrifft, ist geeignet, Befriedigung zu erwecken und begründete Hoffnungen einer wahrhaft gedeihlichen Entwicklung zu nähren. Mit der Herstellung der königlichen Gewalt in der ganzen ihr nothwendigen Freiheit und Stärke durch die Regenschaft ist die naturgemäße Bewegung der geistigen wie der materiellen Kräfte in Preußen wieder eingekehrt, und von der Bebung, welche provisorische Zustände mit sich führten, befreit, ist das Vaterland dem Gefühl zurückgegeben, daß sein ganzes öffentliches Leben sich wiederum in normalem und sicherem Bahnen entwickeln kann. Das von dem Regenten eingesetzte Ministerium hat in den Wahlen zum Hause der Abgeordneten einen Beweis des Vertrauens erhalten, das ihm vom Lande entgegengebracht wird, und es darf auf denselben um so mehr Wert legen, als die Staatsregierung sich jeder Beschränkung der verfassungsmäßigen Wahlfreiheit enthalten hat. Das Land, in dem Genuss und Gebrauch der gesetzlich gewährleisteten Freiheiten nicht beeinträchtigt, zeigt eine vom Geiste der Gesetzlichkeit, der Ordnung und der Besonnenheit getragene Haltung. Auf dem materiellen Gebiet findet in Preußen eine Entwicklung in starker Progression statt, von der auch der Stand der Staatsfinanzen Zeugnis ablegt. Es wird daher von vornherein jede Besorgniß im Lande schwanden, als ob dem Lande eine Mehrbelastung durch neue Steuern bevorstände. Was unseres Staates Stellung nach Außen betrifft, so lehrt der Augenschein, daß Preußen in Deutschland die Achtung und die Sympathie entgegenkommen, und daß das hohe Wort, welches von den moralischen Eroberungen als Preußens Aufgabe in Deutschland sprach, einen tiefen und freudigen Nachhall gefunden hat. Wir sehen zugleich, daß Preußen, indem es befreundete Beziehungen zu allen großen Mächten unterhält, in dem europäischen Rathe geachtet und einflußreich steht. Die Landesvertretung wird in diesen allgemeinen Ergebnissen einen Grund mehr finden, das Ministerium, indem sie

ihm mit Vertrauen entgegenkommt, nicht in der Bahn der Politik, die es betreten hat, die es aber zugleich bei der kurzen Zeit seines Bestehens in vieler Beziehung kaum erst mit einem Blitze hat ins Auge fassen können, zu beirren. Eben in Berücksichtigung dieses letzteren Umstandes kommt dem Ministerium die Stimmung im Lande und gewiß auch in der Landesvertretung entgegen, daß die Arbeiten des Landtags sich auf das Maß des Nothwendigsten beschränken werden. Das Ministerium aber gibt sicher einen Beweis seiner Gewissenhaftigkeit und seiner ernsten Sorge für die ihm obliegenden Pflichten, wenn es sich enthält, vor den Landtag mit Vorlagen zu treten, deren Vorbereitung in wenigen Monaten unter dem Andrang aller Geschäfte nicht in der erforderlichen eingehenden und umfassenden Weise stattfinden können. Wenn daher im Ganzen und Großen insbesondere die Feststellung größerer Organisationsgesetze späterer Zeit vorbehalten sein dürfte, so wird immerhin dem Zusammenwirken der Regierung und der Landesvertretung eine Reihe wichtiger Vorlagen zur Regelung verbleiben, welche die Richtung und die Absichten der Regierung deutlich darthun, so wie davon Zeugnis ablegen, daß das Ministerium die Bedürfnisse des Landes im weitesten Umfange in Betracht gezogen hat. Die Stellung der Landesvertretung zur Regierung wird sich genügend bei den Verhandlungen über diese Vorlagen ergeben. Wenn aber die Regierung die ihr zustehende Initiative der Gesetzgebung, welche die naturnächste ist, in Bezug auf die besondere Lage, in welcher sie sich befindet, für diese Session nur in eingeschränkter Weise üben darfste, so sieht gewiß auch zu erwarten, daß die Landesvertretung im Vertrauen zu dem Ministerium von ihrem Recht der Initiative nicht einen Gebrauch machen wird, welcher die Regierung mit einer Masse verschiedener Aufgaben und Anforderungen überhäuft und, ohne wirkliche Resultate für das Land erzielen zu können, der Regierung nur Schwierigkeiten in den Weg legt.

Berlin, 7. Januar. Wir lesen in der "Volkszeitung": "Am nächsten Landtag wird sich also die Welt ein wenig umlehren. Die bisherige Linke des Landes wird auf der rechten Seite des Hauses, die bisherige Rechte wird auf der linken Seite ihres Sitzen suchen müssen, und wenn es wahr ist, daß die Geister verwichener Zeiten zuweilen sehnstätig die Stätten umschweben, auf welchen ihre leiblichen Träger dereinst ihre Wirksamkeit ausübt, so wird der Geist Gerlach's das Haupt Harlort's, der Geist Marcard's die Stirn Vincke's umflattern, und wenn es seine Richtigkeit damit hat, daß traurige Geister ihre Tötige — vorausgesetzt, daß sie welche haben — hängen lassen, so werden die gekrützten Flügel landräthlicher "Jugendlicher Streber" einen weiten Schatten um Wenzel, Dieselweg, Laddel und Genossen hüllen, die ein Streben ganz anderen Geistes an den Tag legen werden. Die alte Rechte, oder richtiger die neue Linke, wird unseres Erachtens, nach abgehannten Phrasen hyperbolischer Redensarten "doppelter Pietät", sehr vernehmlich von den Geistern der ehemaligen Linken umtauscht werden, und von diesen alten Geistern werden die jetzigen Inhaber der Sitze der Linken eine Wahrheit lernen, die sie noch nie recht begriffen haben, nämlich die Wahrheit, daß sie zu ihrer Existenz gerade der von ihnen angefochtenen Verfassung bedürfen. — Und diese Wahrheit verdient ein ernstes Wort der Betrachtung. — Es ist ein großer Irrthum, wenn man sich einbildet, daß die Majorität, die meisthin die Verfassung macht, sie für sich macht; es ist gerade das Gegenteil wahr: die Verfassung in ihren Hauptbestimmungen ist ein Schutz der Minorität. In einem einigermaßen verfassungsmäßig regierten Staat steht meisthin die Majorität des Parlaments auf Seiten der Regierung, oder richtiger: die Regierung erhält sich im Einverständnis mit der Majorität. Die Majorität ist also die legale Macht, und als solche braucht sie zu ihrer Existenz keineswegs die strenge Aufrechthaltung der Grundrechte der Verfassung. — Die Majorität, die einmal im Einverständnis mit dem herrschenden System der Regierung ist, schlägt sich öfter das Beben aus dem Sinn, daß ein anderes herrschendes System kommen könnte, welches ihr gefährlich werden kann, und die Beispiele sind leider gar zu häufig dagewiesen, daß solche Majoritäten die Grundrechte der Verfassung selber verkümmern lassen, über deren Verkümmern sie später Zeiter schreiben müssten. — Die Minorität — gleichviel, welcher Partei sie angehört — hat ein anderes Gefühl. Sie, die nicht im herrschenden System steht, und dennoch das Recht ihrer Existenz wahren will, beginnt, — auch wenn sie prinzipiell gegen alle Verfassungen ist und am liebsten, wenn es ginge, selber ohne Verfassung regieren möchte, — einzusehen, daß die Grundrechte der Verfassung eigentlich ein Schutz sind, daß die herrschende Partei nicht die Minorität unterdrückt, und in der Regel vertheidigen solche Minoritäten mit großem Eifer die Existenz und Aufrechthaltung der Verfassung. — Was für den ersten Augenblick wie widersinnig erscheint, ergiebt sich in der Folge als aufgezwungene Nothwendigkeit. Und auch

*) Das Arndt Professor der königlich preußischen Friedrich-Wilhelms-Universität, auch Ritter des Bayerischen Civilverdienstordens. R. m. ist, das scheint der Ritter von Schmidt nicht gewußt zu haben.

